

Plenarsitzung vom **11. Dezember 2017**

Thema der Debatte: **HH 2018 - Allgemeine Einschätzung des Haushalts**

Redner: **Alfons Velz**

Sehr geehrter Herr Präsident,

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen aus Parlament und Regierung !

Die Regierung hat Wort gehalten ! Der Haushalt ist ambitiös, zukunftsorientiert und vor allem ausgeglichen ! Es ist das erste Mal seit dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise, dass ein Haushalt einer belgischen Regierung im Gleichgewicht ist. Mehr noch: er wird **aller Voraussicht nach dauerhaft ausgeglichen bleiben.**

Und das ist kein Zufall, an diesem Ziel ist seit Jahren in einem ständigen **Balanceakt** zwischen Sparzwängen, Investitionswillen und widrigen Umständen hart, aber konsequent gearbeitet worden. Und das **Wohlwollen** der Föderalregierung und der anderen Teilstaaten Belgiens zu unserer Refinanzierung am Anfang dieser Legislaturperiode hat einen wichtigen Teil dazu beigetragen.

Ich kann nachvollziehen, dass Ministerpräsident Oliver Paasch das Erreichen dieses Zieles nicht besserwisserisch, aber dennoch mit sichtbarer Genugtuung Ende Oktober hier verkündet hat.

Die Regierung hat also Wort gehalten. Wo hat sie Wort gehalten ?

1. Der **Haushalt 2018 ist ausgeglichen**. Als einzige der belgischen Regierungen hat sie das nach den Wahlen von 2014 angekündigte Ziel erreicht: einen Haushalt ohne Neuverschuldung.
2. Dass die **DG Schulden in der Höhe eines Jahreshaushaltes** hat, ist nicht zu leugnen.

Aber die Schuldenstandsquote der DG ist gut.

Zwar ist die Gesamtschuld in den letzten Jahren noch angestiegen, vor allem

- durch das **Vorziehen von wichtigen** zukunftssträchtigen Investitionen in den Jahren 2015, 2016 und 2017. Da geht es um immerhin 60 Millionen EUR
- durch die **Auszahlung von Vorschüssen** bis zu 90 % der zugesagten Summen. Alleine das macht 20 Millionen EUR aus.
- und durch die **Umwandlung der alternativen Finanzierungen** , wodurch übrigens Projektträger wie die Gemeinden entlastet wurden. Die DG hat etwa 60 Millionen EUR Schulden übernommen, die diese Projektträger vormals aufgenommen hatten.

Meine Kollegin Lydia Klinkenberg wird auf die international relevanten

Beweggründe für diese Politik noch näher eingehen. Sicher ist aber: diese

Schuldenlast wird mit den so erreichten ausgeglichenen Haushalten der nächsten

Jahre stetig abgebaut werden können - ohne schmerzhaftes Spar-Einschnitte und

ohne unverantwortliche Einsparungen bei Investitionen in die Zukunft.

Abgesehen davon ist unsere **Schuldenlast absolut verkräftbar**, und zwar aus mehreren Gründen:

- Wir haben im Gegensatz zu anderen Körperschaften **NIE Schulden für laufende Ausgaben** aufgenommen, etwa für Gehälter oder Funktions- oder Unterhaltskosten. Das heißt, dass uns die Verbindlichkeiten nicht ohne eigenes Verschulden über den Kopf wachsen können und dass deshalb ein Schneeball-Effekt nicht zu befürchten ist.

- Die Kredite der DG sind also **ausschließlich für Investitionen in Infrastrukturen aufgenommen worden**, die über viele Jahrzehnte in die Zukunft Nutzen stiften.

Eine vollständige Fremd-Finanzierung der gewaltigen Investitionen der letzten beiden Jahrzehnte durch Kredite hätte möglicherweise ein Risiko mit sich gebracht,

andererseits würde es volkswirtschaftlich keinen Sinn ergeben, solch langfristige Investitionen ausschließlich aus dem laufenden Haushalt finanzieren zu wollen.

Die DG hat daher - nicht nur in unseren Augen - einen gesunden Mittelweg gewählt und die Hälfte der Investitionen aus Eigenmitteln finanziert.

Den in Infrastrukturen und nachhaltigen Projekten investierten rund 700 Millionen Euro stehen deshalb nur halb so viel Schulden gegenüber.

- Eine nicht zu unterschätzende Folge dieser Politik ist, dass die **Tilgung der Schulden nur 2,5% unseres Jahreshaushaltes beansprucht**, und das ist absolut verkraftbar. Das wird jede schwäbische Hausfrau und jeder private Häuslebauer auf Anhieb bestätigen. Unsere Regierung und die sie stützende Mehrheit dieses Hauses brauchen sich jedenfalls nicht den Vorwurf gefallen zu lassen, sie habe in Sachen Bildung und Soziales nicht genug für die jetzige und kommende Generation auf den Weg gebracht.

Ganz gleich in welche Himmelsrichtung man sich von der DG auch entfernen mag - man wird feststellen, dass dies gar nicht weit von hier schon ganz anders aussieht.

- Ein Blick auf die **Zusammensetzung der Ausgaben** zeigt deutlich, dass es möglich ist, so zu arbeiten, dass ein ausgeglichener Haushalt erzielt wird,
 - obschon die laufenden Ausgaben in ganz wichtigen gesellschaftspolitischen Zuständigkeiten der DG im Haushalt 2018 noch einmal kräftig aufgestockt werden,
 - obschon neue Herausforderungen wie erstankommene Schüler, heterogene Schulgemeinschaften und Integrations-Parcours beherzt angegangen werden
 - und obschon in den letzten Jahren noch einmal ganz kräftig in Infrastrukturen investiert worden ist und in den nächsten Jahren auch dort der Bedarf weiter gedeckt werden wird.

Wir haben in den letzten Wochen Gelegenheit gehabt, uns über die haushaltszahlen zu beugen.

Dabei wurde deutlich, dass die Haushaltsführung ambitiös und klar die

Bedürfnisse der Gegenwart angeht:

- So investiert die DG im kommenden Jahr 2018 nicht weniger als 76 Prozent ihrer laufenden Ausgaben in die Bereiche Bildung, Familie, Senioren, Soziales und Beschäftigung.
- Laufende Ausgaben werden erhöht, z.B. wird der Bildungshaushalt (ohne Infrastrukturen) im Vergleich zum Vorjahr erneut um 2,16 Millionen Euro rekurrent, also jährlich wiederkehrend erhöht. Im Vergleich zu 2015 macht das sogar eine jährlich wiederkehrende Erhöhung um 10,6 Millionen Euro. Und das bei sinkenden Schülerzahlen !
- Die Investitionen in den Sozialhaushalt, also in Familie, Senioren, Gesundheit und Soziales werden im Vergleich zu 2015 um 10 Millionen Euro, von 84,9 Millionen Euro im Jahr 2015 auf 95,8 Millionen Euro im Jahr 2018, rekurrent, also nicht einmalig, sondern auch für die Folgejahre angehoben.
- Die Mittel für die Gesundheitsprävention werden deutlich erhöht, ebenso wie die für die Behindertenpolitik, für die Integration von Menschen mit einem

Migrationshintergrund, für den Impulse-Fonds, die Jugendhilfe, die

Kinderbetreuung ...

- All das, ohne die angestammten Zuständigkeiten Jugend-, Kultur-, Sport und Medienbereich, beweglicher Kulturgüter, Museen oder die Sportförderung oder den Tourismusbereich zu vergessen.

Gleichzeitig kommen die **Investitionen in wichtige Infrastrukturen und**

Zukunftsprojekte nicht zu kurz:

- Der Infrastrukturplan 2017-2018 enthält 221 Projekte für mehr als 28 Millionen Euro, die viele Bürger sehr konkret betreffen und für den Erhalt einer kohärenten Gemeinschaft sehr sinnvoll sind.
- Die Wegebaudotation, dank derer die neun deutschsprachigen Gemeinden seit einem Dutzend von Jahren zielstrebig und sicher planen können, wird ebenfalls im Jahr 2018 noch einmal kräftig um 225.000 Euro jährlich erhöht. Erhielten die Gemeinden vor fünf Jahren etwas mehr als eine Million Euro jährlich (die Klagelieder des damaligen St.Vithers Bürgermeisters im Sitzungssaal am Kaperberg klingen mir heut noch in den Ohren) so ist es jetzt, fünf Jahre später, mehr als das Doppelte, nämlich 2,25 Millionen Euro jährlich.

Die Bemühungen, den Haushalt 2018 ins Gleichgewicht zu bringen, haben also niemandem geschadet. Im Gegenteil.

Die Baremen-Kürzungen im Öffentlichen Dienst werden früher zurückgenommen als ursprünglich vorgesehen (2017 ein Prozent, 2019 ein Prozent) Lediglich die Minister werden mit der zweiprozentigen Kürzung ihrer Gehälter weiterhin leben müssen. Das wiederum dürfte für sie allerdings in der Tat kein wirkliches Problem sein. :-)

Wir begrüßen in dem Zusammenhang ausdrücklich, dass die Regierung ihre Funktionskosten letztes Jahr um 10 % gekürzt hat und im kommenden Jahr dabei bleibt.

Und in diesem Zusammenhang darf man ruhig auch erwähnen, dass die Kosten für die Regierung nur 1% des Gesamthaushaltes ausmachen.

Jetzt könnte man denken oder gar behaupten, dass der **ausgeglichene Haushalt mit dem Brecheisen herbeigeführt** worden sei, so dass späteren Regierungen keinerlei Handlungsspielräume mehr zur Verfügung stünden.

Das stimmt ebenfalls nicht: Neben den schon erfolgten Erhöhungen des Bildungshaushaltes

wird die Nachfolge-Regierung zwischen 2020 und 2024 über bedeutende Handlungsspielräume verfügen: zwischen 8 und 10 Millionen Euro für neue, rekurrente, also jährlich wiederkehrende, Ausgaben.

Durch Umschichtungen im Haushalt selbst, die die kommende Regierung zu beschließen hat, können weitere Schwerpunkte gesetzt und Handlungsspielräume hinzugefügt werden.

Weitere 50 Millionen Euro werden für neue Infrastrukturprojekte zur Verfügung stehen, wobei diese vermutlich besonders im Bereich der Kinderbetreuung und im Seniorenbereich zum Einsatz kommen werden.

Hinzu kommen 9,5 Millionen Euro für Ausstattungen und mindestens 120 Millionen Euro für das neue PPP-Projekt, von dem vor allem die Schulen in St. Vith und Kelmis profitieren werden.

Die Regierung hat uns einen Haushalt vorgelegt, der sich den Schätzungen zufolge dauerhaft im Gleichgewicht befindet, und dies

- ohne soziale Einschnitte
- bei gleichzeitig deutlicher Erhöhung der jährlichen laufenden Finanzmittel für die Bereiche Bildung, Familie, Senioren, Gesundheit und Soziales
- und mit genügend Handlungsspielräumen, mit denen künftige Regierungen neuen Herausforderungen begegnen und eigene neue Akzente setzen können.

ProDG wird auf jeden Fall diesem Haushaltsentwurf überzeugt zustimmen.